

UTE VOGT, SPD, Wahlkreis Stuttgart

Als für den Wahlkreis Stuttgart zuständige Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion beantworte ich die Fragen gerne auch im Namen der weiteren von Ihnen angeschriebenen SPD-Abgeordneten aus Baden-Württemberg.

Frage 1

Ist in Ihren Augen die Beendigung der Besatzung eine Bedingung für einen gerechten Frieden für Israelis und Palästinenser?

Die historische Erfahrung seit 1967 zeigt, dass nach zwei Aufständen (Intifada) und zahllosen gewaltsamen Zusammenstößen von Palästinensern und mit israelischen Sicherheitskräften Frieden und Besatzung unvereinbar sind. Insofern ist die Beendigung der Besatzung eine notwendige Bedingung für einen gerechten Frieden, allerdings keine hinreichende. Die Vorstellung, dass mit einem unilateralen Ende der Besatzung der Frieden beginnt, ist völlig unrealistisch. Israel wird sich den Erfahrungen nach dem einseitigen Abzug aus dem Gaza-Streifen sicher nicht erneut aussetzen wollen. Verhandlungen über die strittigen Fragen sind unabdingbar, um die komplexe Konfliktgeschichte der Israelis und der Palästinenser einer dauerhaften politischen Lösung zuzuführen. Das Ende der Besatzung ist nur durch erfolgreiche Verhandlungen, in denen bilateral und durch Unterstützung Dritter die Streitpunkte wie Grenzen, Jerusalem, Sicherheit etc. auf der Grundlage der einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrates, der Parameter des ehemaligen US-Präsidenten Clinton, der Initiativen von Genf und Beirut einvernehmlich geklärt werden, zu erreichen.

Frage 2

Halten Sie die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin für realistisch und erstrebenswert? Wenn JA: Welche Schritte sollte die zukünftige Bundesregierung unternehmen, um diese Lösung zu unterstützen? Wenn NEIN: Welches Szenario halten Sie für realistischer oder eher erstrebenswert?

Die Idee eines binationalen Staates wird gelegentlich von Vertretern beider Seiten, insbesondere von einigen prominenten Palästinensern unterstützt. Vor dem Hintergrund einer mehr als fünfundvierzigjährigen Besatzung und gescheiterter Verhandlungen sowie der ungebremsten Expansion der Siedlungen ist das verständlich. Unklar bleibt jedoch, warum das Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat friedlich sein soll, während das Nebeneinander unter der Besatzung weitgehend unfriedlich verlief. Es ist die Zweistaatenlösung, die, trotz allen bisherigen Scheiterns, der Existenz zweier lebensfähiger Staaten, verbunden in gemeinsamer Sicherheit, eingebunden in einen regionalen Frieden und garantiert durch die internationale Gemeinschaft eine Perspektive verleiht. Die Bundesregierung sollte die von Washington initiierten Verhandlungen zwischen Israel und Palästina mit allen diplomatischen und politischen Mitteln unterstützen. Und sie sollte die besonderen Beziehungen zu Israel dazu nutzen, der israelischen Regierung eindringlich nahe zu bringen, dass die Fortsetzung des Siedlungsbaus weder im wohlverstandenen langfristigen Interesse Israels noch im europäischen Interesse ist.

Frage 3

Wie sollte die zukünftige Bundesregierung auf den Tatbestand des zunehmenden illegalen israelischen Siedlungsbaus in der Westbank bei gleichzeitiger Verweigerung des Rechts auf Wohnraum für Palästinenser in den C-Gebieten reagieren?

Eine neugewählte Bundesregierung wird nicht umhin können, bilateral wie auch im Rahmen der Europäischen Union und auf internationaler Ebene den Siedlungsbau als völkerrechtlich illegal einzuordnen. Sie sollte der israelischen Regierung mit allem Nachdruck klar machen, dass der Siedlungsbau für den Friedensprozess kontraproduktiv ist. An der Politik der Verbesserung der Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung durch entwicklungspolitische Projekte ist festzuhalten.

Frage 4

Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach reagieren, wenn den Bestrebungen deutscher Entwicklungspolitik derart rigide entgegengetreten wird?

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zur Frage einer möglichen Zerstörung von Solaranlagen die Bundesregierung zu Stellungnahmen aufgefordert (s. BT-Drucksache 17/8724, S.21 f.) Die Bundesregierung begnügt sich bisher mit dem Hinweis, dass sie sich darüber im Gespräch mit der Regierung Israels befinde. Die Bundesregierung muss der Regierung in Jerusalem im politischen Dialog unmissverständlich klar machen, dass für sie eine Zerstörung der mit deutschen und europäischen Mitteln finanzierten Projekte nicht hinnehmbar ist und eine Verletzung deutscher Interessen darstellt.

Frage 5

Halten Sie es für akzeptabel, dass Israel verschiedene rechtliche Standards an die Behandlung jüdischer oder palästinensischer Kinder anlegt? Wo sehen Sie Möglichkeiten für die deutsche Politik, diesem Unrecht entgegenzutreten?

Die Bundesregierung muss gegenüber der Regierung Israels auf der strikten Einhaltung des Humanitären Völkerrechts, insbesondere der Vierten Genfer Konvention und der UN-Konvention über die Rechte des Kindes in den besetzten Gebieten bestehen und der israelischen Rechtsauffassung widersprechen, dass diese Konventionen auf die besetzten Gebiete nicht anwendbar seien.